

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt: Tagesblatt Riesa,  
Grunz Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Stuanamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröda.

Verlagsort: Dresden 1922  
Grunz Nr. 22.

Nr. 124.

Dienstag, 30. Mai 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Bringerlohn, Einzelnummer 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 4.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 1 Mark. Besondere Tarife, Bemerkter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Besondereinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die Amtshauptmannschaft richtet an alle Eigentümer, Pächter oder Bewirtschafter von Grundstücken, an denen die **Kleinrentnerhilfe** in Anspruch genommen ist, die dringende Mahnung, diese rechtzeitig zu erfüllen. Dies geschieht am geeignetsten und wirksamsten durch Ausreichen der Bureau.

Vernachlässigungen hingegen werden mit Geldstrafe oder entsprechender Haft geahndet werden. Die Ortsbehörden haben für Befolgung der vorstehenden Anordnung mit zu sorgen.  
Großenhain, am 27. Mai 1922. 880 El. Amtshauptmannschaft.

## Kleinrentnerhilfe.

Da die vom Reichsarbeitsministerium aufgestellten Richtlinien, betreffend Verteilung der Reichsausschüsse für die Kleinrentnerhilfe, in einigen Punkten von den bisher von Sachverständigen festgestellten Bestimmungen abweichen, macht sich eine Nachprüfung des bei der Stadt geführten Kleinrentnerverzeichnisses erforderlich.

Nach den Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums sind als Kleinrentner anzusehen diejenigen bedürftigen, im Inlande wohnenden Deutschen, die selbst, oder durch Ehegatten, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen haben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit versichern oder Kapitalrenten mit einem Jahreserwerb von wenigstens 600 M. sicherstellen haben, und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit im wesentlichen auf dieses Jahreserwerb angewiesen sind. Ihnen können bedürftige Personen gleichgestellt werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen keine Arbeit finden konnten, denen aber aus Vorzüge ihrer Angehörigen ein entsprechendes Einkommen gesichert ist.

Zur Erläuterung wird noch folgendes bekanntgegeben:  
Beträgt das jährliche Gesamteinkommen mindestens soviel wie der entsprechende Satz der Erwerbslosenunterstützung, so ist eine Bedürftigkeit im Sinne der gegenwärtigen Bestimmungen im allgemeinen zu verneinen.

Bleibt das jährliche Gesamteinkommen hinter der Einkommensgrenze zurück, die jeweils von der Sozialrentenverordnung nicht überschritten werden darf (z. B. 4800 M. jährlich), so gilt die Bedürftigkeit im allgemeinen ohne besonderen Nachweis für gegeben. Als Einkommen gelten nicht nur die Geldeinkünfte, sondern alle geldwerten Vorteile und Leistungen, insbesondere Unterhalt in Natur. Solche Leistungen müssen mindestens nach dem Gesamtwert angerechnet werden. Bei Gutsauszählern ist der Jahreswert der Naturalbezüge in Betracht zu ziehen.

Wo leistungsfähige Angehörige erreichbar sind, wird dadurch im allgemeinen die Bedürftigkeit ausgeschlossen sein und dem Berechtigten zugemutet werden müssen, daß er sich zunächst an diese hält.

In das Gesamteinkommen eingerechnet ist nicht nur das Renteneinkommen, sondern auch jede andere Art von Einkünften in Geld oder Leistungen, ausgenommen diejenigen Einkünfte, die auch für die Sozialrentenrente vor Anrechnung gesetzlich geschützt sind. Nähere Auskunft hierüber wird im Rathaus, Fürsorgeamt, Zimmer Nr. 10, erteilt.

Als Arbeit gilt auch Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft, die üblicherweise ohne Entgelt erfolgt, aber im Falle der Anstellung fremder Kräfte vergütet werden mußte.

Für die Kleinrentnerhilfe kommen nur solche Kleinrentner in Betracht, die das sechste Lebensjahr — bei alleinstehenden Frauen das fünfte — überschritten haben, längere nur bei nachgewiesener Erwerbsunfähigkeit.

Auf Grund der vorstehenden Bestimmungen können also solche Personen, deren Renteneinkommen am 1. Januar 1920 hinter 600 M. zurückblieb, bei der Verteilung

der Reichsausschüsse für die Kleinrentnerhilfe nicht berücksichtigt werden. Die bei der Stadt vorliegenden Anträge auf Bewilligung von Kleinrentnerhilfe werden nach den vorstehenden Grundlinien nachgeprüft werden. Denjenigen, die zu ihren Anträgen irgend welche Ergänzungen zu machen haben, wird anheimgestellt, dies bis spätestens 7. Juni 1922 zu tun. Solche Ergänzungen werden im Rathaus, Zimmer Nr. 10, Fürsorgeamt, vormittags 7—12 Uhr entgegengenommen.

Neue Anträge sind bis zum gleichen Zeitpunkt unter Verwendung eines Vordruckes, welcher im Rathaus zu entnehmen ist, einzureichen.  
Der Rat der Stadt Riesa, den 30. Mai 1922. Ghm.

## Bekanntmachung.

Wir geben hiermit bekannt, daß die Eintragungsklisten für ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtages in der Zeit vom 6. bis mit 10. Juni 1922 im Rathaus, Einwohnereinsammler, Zimmer Nr. 14, ausliegen.

Während dieser Zeit und nur in dieser ist jedem Stimmberechtigten Einwohner von Riesa Gelegenheit gegeben, und zwar an den Wochentagen in der Zeit von 7 bis 12 Uhr vormittags sowie, außer Sonnabends, 2—5 Uhr nachmittags und an den Sonntagen von 9—12 Uhr vormittags, zwecks Abstimmung sich eigenhändig in diese Liste einzutragen.

Wer seine Eintragung in die Liste an einem anderen sachlichen Ort und nicht in Riesa bewirken will, erhält im Rathaus, Zimmer Nr. 14, während der gewöhnlichen Wochenstunden hierfür einen Stimmschein als Ausweis.

Für das Stimmrecht gelten dieselben Voraussetzungen wie für das Wahlrecht zum Landtag ohne Rücksicht darauf, ob bereits eine Eintragung in die Wählerliste für Landtagswahl vorliegt oder nicht.  
Riesa, am 30. Mai 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

Die.

## Kirchverpachtung.

Die diesjährige Kirchverpachtung in der Rittergutsflur, auf der Dauscher Landstraße und im Garten des Stadtkrankenbauhauses soll

Tonnerstag, den 1. Juni 1922, vormittags 10 Uhr

in der Ratkskanzlei öffentlich versteigert werden.

Die Auswahl unter den Bietern, die Vergebung der Nutzung an mehrere Bieter und die Ablehnung sämtlicher Gebote bleibt vorbehalten.

Die Pachtbedingungen können in der Ratkskanzlei eingesehen werden.  
Der Rat der Stadt Riesa, am 29. Mai 1922. Gnd.

Chemal. Pionier-Landbauversuchsanstalt, etwa 221 000 qm groß, bei Riesa unweit des Eisenbahns und Hafenanlage, mit 2 gr. massiven Geräteschuppen und Nebenanlagen, frei zum Verkauf.

Angebote mit Angabe, ob Abbruch der Gebäude oder deren Weiterbenutzung an Ort und Stelle beabsichtigt, bis spätestens

15. Juni 1922

unmittelbar an Landesbauamt — Gruppe Reichslandwirtschaftsverwaltung — Dresden, Wasserstraße 5 erbeten. Nähere Bedingungen daselbst. Zuschlagserteilung durch Reichslandwirtschafts-

## Vertikales und Säuliges.

Riesa, den 30. Mai 1922.

Ueber die seitigste Küche unter besonderer Berücksichtigung des Kochens mit Gas" sprach gestern abend im Wettiner Hof eine Dame der Zentrale für Gasverwertung in Berlin. Die Abhaltung des Vortrages erwies sich als ein glücklicher Gedanke; denn unsere Hausfrauen und Mädchen waren zahlreich erschienen und die Rednerin des Abends, Frau Glüh, wußte so beredt, klar und überzeugend die Vorteile der Anwendung des Gases im Haushalt und beim Kochen zu schildern, daß sicherlich der Gastgeber hier viele neue Freunde gewonnen worden sind. Die Rednerin wies immer wieder darauf hin, daß mit Gas nicht nur sparsamer, billiger und bequemer, sondern auch schmackhafter als im Kohlenofen gekocht werden könne. Der Hauptvorteil ihres Vortrages war auch, ihren Zuhörern zu zeigen, wie man auf Gas sparsam kochen kann. Aus der großen Fülle der von erteilten Ratschläge seien hier nur die folgenden herausgegriffen: Die Töpfe auf die umgelegten Ringe stellen, alles bei großer Flamme ansetzen, sobald es kocht, die Flamme aber klein stellen. Besonders Töpfe erfordert das Kochen auf Gas nicht, vorteilhaft sind aber möglichst breite Töpfe und solche, die aufeinander passen, damit die Hausfrau das Turmkochen anwenden kann. Den Nachteilen des Kohlenofens stellte die Rednerin die Vorteile des Kochens auf Gas gegenüber. Das Gas gelte sich aus durch seine feste Betriebsbereitschaft, es könne reguliert werden dadurch, daß man die Flamme groß oder klein stelle, die Gastküche sei immer sauber, Frauen, die noch einem Beruf nachgeben müßten, sparen durch das Kochen auf Gas viel Zeit, am unentbehrlichsten aber erweise sich das Gas in Krankheitsfällen, da es immer schnell zur Hand sei. Vielen gegen das Gas gehegten Vorurteilen trat die Rednerin entgegen, so insbesondere auch dem, daß es so teuer geworden sei. An Zahlbeispielen legte sie dar, daß die Kohlen verhältnismäßig im Preise weit höher gelegen sind als das Gas, das jetzt unfer billiger Brennstoff sei. Die Notwendigkeit, das Gas im Haushalt der Kohle vorzuziehen, ergebe sich aber aus dem Friedensvertrag, der Deutschland eines großen Teiles seiner Kohlenproduktion beraube, und aus der Tatsache, daß bei der Kohlenverbrennung im Haushalt viele der wertvollen Stoffe, die in den Gaswerten aus der Kohle gewonnen werden, verloren gehen. Die Vortragende erklärte sodann, wie eine Gasflamme beschaffen sein muß, um sparsam kochen zu können. Sie empfahl den einbahnigen Doppelbrenner mit kleinstmöglicher Flamme. Schließlich besprach sie noch die Vorteile des Gasofens, der außer zum Erhitzen und Backen auch zum Sterilisieren dienen kann, gab noch Fingerzeige für die Gasbeleuchtung und das Blättern mit Gas und hob die Möglichkeit des Promethium-Wunderkerzen in der Gastküche hervor. Während des Vortrages wurden von der Vortragenden auf bezug in den auf der Bühne aufgestellten Gasofenapparaten verschiedene Vorzüge aufbereitet. Sie konnte so für ihre Angaben gleich mit dem Vorgreifen aufwarten. In einem Gasofen hatte sie eine Portion Kaffee Rippespeer und in einem zweiten einen Stapfchen angelegt. In einem dritten Gasofen wurde eine

Kocher wurden fünf Töpfe mit Suppe, Kalbsbraten, Spargel und Kompott und auf einem 3-Loch-Kocher drei Töpfe mit Schweinebauch, Nudeln und Kartoffel angelegt. Eine Portion Reis wurde zunächst auf Gas angelegt und in der Kochflamme gargekocht. Das Kocherübergericht war nach 35 Minuten fertig. Es waren beim Kochen 160 Liter Gas verbraucht worden im Werte von 95 Pfennig. Auch die übrigen Gerichte waren am Schluß des Vortrages fertiggestellt oder gebunden und wurden nun an die Besucher unentgeltlich verabreicht. Sie werden sicherlich den Vortag als gelungen und das Urteil der Vortragenden bestätigt haben, daß die Gastküche billig, sparsam, bequem und schmackhaft ist.

Wichtige Änderungen im neuen Sommerfahrplan. Linie Großenhain—Rietz: Neu eingeleitet werden Nachzüge: 1.30 ab Großenhain Cottb., 1.41 in Rietz; 2.13 ab Rietz, 2.22 in Großenhain Cottb. W., die in Rietz mit unmittelbare Anschlüsse mit Dresden und Riesa—Leipzig finden. Linie Leipzig—Riesa—Dresden: Die Nachzüge 6042 (ab Dresden 12.48, in Riesa 2.11, ab Riesa 2.15) und 6045 (ab Leipzig 11.55, in Riesa 1.38, ab Riesa 1.38) sind wegen der Anschlussverhältnisse in Leipzig um etwa 1/2 Stunde verlegt (6042 zeitiger, 6045 später) und halten wegen Anschluß von und nach Großenhain auch in Rietz. Verdonnung 472 (in Riesa 11.14, ab Riesa 11.32 vorm.) fährt künftig in Rietz durch. Der Dahlen—Riesaer Nachmittagszug 589 verkehrt bereits ab Wurgeln (Abf. 6.47). Linie Dresden—Riesa—Radeberg (Berlin): Verdonnung 288 wird zur Abfahrt der Riesaer später gelegt und beschleunigt. Abfahrt Dresden 6.10 — statt 8.10 — künftig erst 8.45.

Auszahlung der Ruhezehälter usw. Vom 1. Juni an werden durch die Landesbaukasse diejenigen Parteigelder, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, die durch Postarbeits überwiegen werden, auf Kosten der Empfänger ausbezahlt. Die entsprechenden Kosten werden für jedes Rechnungsjahr in einer Summe jeweils bei der am 1. März erfolgenden letzten Auszahlung eines Rechnungsjahres einbehalten. Die Berechnung der Kosten wird in der Weise erfolgen, daß die einzubehaltende Summe keinesfalls die tatsächlichen Ausgaben der Staatskasse übersteigt. Sie wird nach den jetzigen Gehältern bei der überliegenden Rechnung der Ruhegehälter insgesamt zwischen 10 und 20 Mark betragen. Natürlich bleibt es nach wie vor jedem Versorgungsberechtigten, dem die Gehältern ausreicht durch

Postarbeits überwiesen werden, unbenommen, statt der Auszahlung durch Postarbeits die Überweisung auf sein Bank-, Post- oder Girokonto zu beantragen.

Große Elb-Stauanlage. In den nächsten Tagen wird ein großer Wasserbau am Elbstrom bei Riesa in Angriff genommen werden. Es handelt sich um die Stauanlage bei Schredenstein, durch die der Wasserpegel des Elbstroms um etwa acht Meter gehoben werden wird, so daß eine rund 20 Kilometer lange Stauhaltung entsteht, die die bisherige, für die Schifffahrt ziemlich schwierige Flußstrecke oberhalb Ruffas in eine erkrankte grobe Schiffahrtswasserstraße verwandelt wird. Das Flußbett wird eine Schleppschleuse von 170 Meter Länge und 24 Meter Breite und eine einfache Schleuse von 13 Meter Breite nebeneinander eingebaut. Diese Schleusenanlagen sind für den Verkehr von Lastkähnen bzw. Jonenschiffen bestimmt. Durch den Ausbau dieser Stauanlage wird das letzte Hindernis an der böhmischen Elbe beseitigt werden, so daß der große Schifffahrtsweg bis Prag bei jedem Wasserstand, auch in der Trockenperiode, gesichert wird. Auf der böhmischen Elbe werden bis Prag Rähne von einer Tragfähigkeit bis zu 1200 Tonnen verkehren, wodurch die Elbe- und Moldau-Strecke in ähnlicher Weise belebt werden dürfte, wie dies unterhalb Ruffas bis Hamburg der Fall ist. An dem Stauwerk wird eine große Wasserkraftzentrale errichtet werden mit einer Leistungsfähigkeit von 220 000 PS bei einer durchschnittlichen Jahresproduktion von 90 Millionen Kilowattstunden. Die hierdurch gewonnene billige elektrische Energie wird in der industriereichen Umgebung sicherlich einen reichen Absatz finden und zur Hebung der Produktionsfähigkeit des Ruffas Industriegebietes beitragen.

Die sprunghafte Steigerung der Butterpreise. Der „Neuen Berliner Zeitung“ zufolge haben einige weibliche Abgeordnete im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: In den letzten Tagen hat eine sprunghafte Steigerung der Butterpreise namentlich in Berlin stattgefunden und zwar von 62 auf 84 Mark je Pfund. Ebenso sind die Preise für Margarine und andere Fette aufs neue gestiegen, so daß es für Arbeiterklasse Volkswirtschaft unmöglich geworden ist, sich die zur Ernährung notwendigen Fette zu beschaffen. Sind der Reichsregierung die Gründe für diese Vorgänge bekannt? Ist sie in der Lage, irgend eine Gegenmaßnahme zu ergreifen?

Kollekte für den allgemeinen Kirchenfonds. An den beiden Feiertagen des bevorstehenden Pfingstfestes soll wieder die Kollekte für den Allgemeinen Kirchenfonds in allen Kirchen des Landes gesammelt werden. Wie groß die finanzielle Not unserer Landeskirche ist, und wie besonders die kleineren Kirchengemeinden unter der ungesicherten Teuerung leiden, ist ausreichend bekannt. Es darf daher erwartet werden, daß alle treuen Glieder unserer Kirche dem Aufruf zum Spenden für die obige landeskirchliche Kasse gern und freudig folgen werden. Einen fröhlichen Geber hat Gott lieb.

Ein Volks-Kurheim für Bad Eiser. Der Landtagsausschuß B des Landtages beauftragt kürzlich gemeinsam mit Regierungsvertretern unter Führung des Ministers Spindler Pläne und Gelände für das in Bad Eiser geplante Volks-Kurheim. Es soll auf staatslichem Gelände an dem ausrichtreichen Wohnort unweit des Bahnhofs







# Die Genua-Konferenz vor dem Reichstage.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. Mai.

Der Reichstag trat heute nachmittags zusammen zur Entgegennahme einer

### Erklärung der Reichsregierung.

Das Haus, die Bogen und Tribünen waren stark besetzt.

### Der Reichskanzler Dr. Wirth

führte u. a. aus: Ich will nicht das im Auswärtigen Ausschuss Gesagte wiederholen, auch nicht über die Pariser Verhandlungen eingehend sprechen, da diese noch in vollem Gange sind. Es kann sich nur darum handeln, zu dem in Genua Vorgangenen noch einmal Stellung zu nehmen.

Der Kanzler begann mit einem weit ausholenden historischen Rückblick, bei dem er an die Danielesern anknüpfte, die im vorigen Jahre auch in Deutschland überall gefeiert wurden. Er hob hervor, daß die Konferenz in Genua der Idee für Solidarität der Völker dienen sollte. Die Italiener hätten sich ihrer großen Mission durchaus würdig erwiesen, und er wiederholte den Dank an die Italiener und an die italienischen Staatsmänner. Was ist nun, so fragte der Kanzler, aus der Idee von Genua geworden und was sollte Genua sein? England war der Ausgangspunkt dieser Idee. Der Gedanke einer Weltkonferenz war groß und schön und vielleicht zu groß, als daß er sich sofort hätte verwirklichen lassen. Nicht einmal der gesamte Umfang der europäischen Krise konnte in den Rahmen des Genuaer Programms aufgenommen werden. Der Kanzler ging dann mehr auf das Wesen der europäischen Krise ein. Er erklärte, die Konferenz von Genua, wenn man auch ihre ursprüngliche Aufgabe erheblich überschätzt habe, sei doch als ein unbedingter Fortschritt anzusehen. Die Reparationsfrage wurde zwar offiziell nicht besprochen, aber bei allen inoffiziellen Besprechungen, denen ja der Hauptzweck dieser ganzen Konferenz bezulegen ist, trat doch die Ueberzeugung aus, daß die Reparationsfrage eigentlich die europäische Frage sei. Trotzdem das Programm reduziert worden ist, müssen wir all denen dankbar sein, die mit zäher Energie den Gedanken, die Völker zusammenzuführen, über die Wogen der Genua-Konferenz hinausgetragen haben. (Beifall.) Es ist gewiß kein ungewöhnlicher Vorgang, wenn ich Englands Führer für dieses Durchhalten der Konferenz nicht im Namen des deutschen Volkes allein, sondern aller Völker, die in Bewegung sind, den Dank ausspreche. (Beifall.)

Wir dürfen die Konferenz von Genua nicht überschätzen, aber wir müssen uns vor der bei uns hervortretenden Unterdrückung hüten. Trotz aller Sabotageversuche hat die Genua-Konferenz einen großen Fortschritt gebracht. Der größte Fortschritt liegt schon darin, daß wir zum ersten Male auf einer Konferenz der Regierungen als Gleichberechtigte erschienen sind. (Lachen rechts.) Ich weiß nicht, wie man bei der Feststellung dieser wichtigen Tatsache lachen kann. (Zustimmung bei der Mehrheit.) In vielen inoffiziellen Unterredungen mit führenden Staatsmännern ist auch das Reparationsproblem erörtert worden. Die offiziellen Entschlüsse, die das Ergebnis der Genua-Konferenz bilden, werden für uns die Leit- und Richtlinien der Politik bilden. Wir hoffen, daß sie es auch für die übrigen Staaten sein werden und nicht nur theoretische Entscheidungen ohne praktische Bindung.

Wir haben in Genua den französischen Vorstoß abgewehrt, der uns in die Rolle der kleinen Staaten drängen sollte. Es hatte sich aber eine Union der einladenden Mächte gebildet, die ohne uns mit Rußland verhandelte und uns dadurch zwang, selbständig unsere Fragen mit Rußland zu bereinigen. Der Rapallovertrag war nicht ein Verstoß der deutschen Politik, sondern er ist ein ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk, das gegen keinen anderen Staat seine Spitze richtet. (Sehr richtig!) Der Vertrag ist lediglich die Fortsetzung der bereits am 8. Mai 1921 zwischen Deutschland und Rußland getroffenen Vereinbarungen. In Genua wurde Deutschland von den Verhandlungen ausgeschlossen, die von den einladenden Mächten mit Rußland geführt wurden auf der Grundlage des Londoner Memorandums. Nach diesem Memorandum sollte auch Rußland den Artikel 116 des Versailler Vertrages gegen Deutschland anwenden. Deutschland war also genötigt, eine andere Regelung mit Rußland zu finden.

Rond George hat in einer Rede den Rapallovertrag einen Irrtum und einen Fehler Deutschlands genannt, aber hinzugefügt, daß die in Deutschland und Rußland erzwungene Stimmung dazu führen würde. Dann liegt der Irrtum aber bei denen, die eine solche Stimmung durch ihr Verhalten bei uns erzeugt haben. Der Rapallovertrag reinigt die Atmosphäre zwischen zwei Völkern, denen es immer gut ging, solange sie sich verstanden haben. (Beifall.) Er soll weiterhin Brücken schlagen zwischen Osten und Westen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Er enthält keine geheimen Zusätze, und wer behauptet, er habe geheime militärische Zusätze, der verleiht damit das erste Friedenswerk, das seit dem Kriege in Europa überhaupt gesehen ist. (Beifall.)

Es ist geradezu eine Aufregung über den Vertrag von Rapallo durch die Welt gegangen. Es sind Wellen hervorgerufen worden, die auch nach Deutschland hinübergepflanzelt sind. Ich habe den Eindruck, daß die, die am lautesten jenseits der Grenzen riefen, sich über Rapallo aufgeregt haben, ohne den Vertrag wirklich gelesen zu haben, sondern daß allein das selbständige Handeln Deutschlands bereits auf der Gegenseite in einzelnen Kreisen Bekürzung hervorgerufen hat. Wer den Rapallovertrag sorgfältig und ohne Voreingenommenheit durchliest, muß gesehen, daß der Vertrag von Rapallo ein ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk ist. Es ist im gewissen Sinne ein vorbildlicher Friedensvertrag. In diesem Vertrag gibt es weder Besiegte noch Sieger. Er ist die vollkommene Abklärung der aus dem Kriegszustand hervorgehenden Feindseligkeit. Unverständlich ist deshalb die Aufregung über diesen Vertrag, noch unverständlicher die Aufregung dieses Vertrages als eines kriegerischen Faktors in Europa. Wer hat den Anlaß zu diesem Vertrag gegeben, den wir pflichtgemäß abgeschlossen haben? Die Staaten der Entente selbst. Das läßt sich mit wenig Worten zeigen: Durch die Abschließung des Versailler Vertrages war nicht etwa der Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland wieder hergestellt oder die de-jure-Anerkennung Rußlands aufgehoben worden, aber notwendig war eine Erneuerung, Kompensierung und Abrechnung der gegenseitigen Forderungen und zweitens hat uns durch Artikel 116 des Versailler Friedensvertrages die Entente genötigt, den direkten Ausgleich mit Rußland zu erreichen. Dieser Artikel 116 gab für uns die pflichtgemäße Notwendigkeit, mit Rußland zu einem Ausgleich und zu einem ehrlichen gegenseitigen Vertrag zu kommen. Somit ist der Vertrag von Rapallo lediglich die Fortsetzung der im deutsch-russischen Vertrag vom 8. Mai 1921 vorgesehene weitere Regelung. Die sechs Paragraphen dieses Rapallovertrages enthalten keinerlei politische Bestimmungen oder Abmachungen, aus denen irgendwelche Dritte eine Gefahr oder eine Schwächung ihrer Rechte herleiten können.

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ist auch lediglich die formelle Beendigung der bereits seit dem

6. Mai 1921 bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen. Der Vertrag war in seinen Grundzügen längst vor Genua festgelegt worden. Deutschland wollte kurz vor Genua jedes Sonderabkommen vermeiden, in Genua fand es sich von den Verhandlungen mit Rußland ausgeschlossen. Das Londoner Memorandum enthält eine ausdrückliche Befristung des Artikels 116. (Hört! Hört!) Rond George hat die Welt gewarnt, die beiden Völker, das deutsche und das russische, weiter zur Verzweiflung zu treiben, da sonst ungeahnte Konsequenzen aus einer derartigen Verhandlung entstehen könnten. Ich kann nur wiederholen, was ich in Genua und vorhin schon gesagt habe, daß der Rapallovertrag keinerlei diesbezügliche Absichten enthält.

Wir werden den Rapallovertrag in keiner Gesamtheit dem Reichstage zur Beurteilung unterbreiten. Nach dem Abschluß dieses Vertrages wurde unsere Vermittlungstätigkeit zwischen Rußland und den übrigen Staaten oft und dankbar in Anspruch genommen.

In Genua ist das gesamte russische Problem nicht zum Abschluß gekommen, aber nicht durch unsere Schuld. Wir sind, wenn es gewünscht wird, bereit, unsere Vermittlerrolle weiter zu spielen. Der Gedanke des Gottesfriedens hat noch keine feste Gestalt gewonnen. In der vorgeschlagenen Form wäre er für uns auch sehr schmerzhaft gewesen, denn ein Frieden, der eine Sanktionspolitik gegen Deutschland zuläßt, ist kein Frieden. Es war die Welt eben noch nicht reif dafür, noch nicht reif für den Gedanken in seiner reinsten Form, daß ein wirtschaftlicher Aufbau Europas mit Gewalt nicht möglich sei. Es ist eine Treuga Dei kleiner Form, die zustandekommen ist, eine Treuga Dei, durch die die Chancenen der neuankommenden Staaten zunächst für einige Monate einen Beharrungsstand erfahren. Es ist wenig, was dabei herausgekommen ist. Trotzdem ist es ein kleiner Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befriedung Europas. Wir wollen diesem Gedanken gern dienen und wollen unterleits auch helfen, wenn es möglich ist, den Gedanken einer weiteren Gestaltung entgegenzuführen. Aber wenn das geschehen soll, so müssen wir in der Hauptfrage, die uns alle beherzigt, in der Reparationsfrage, die mit der Friedensfrage eng zusammenhängt, von der unglückseligen Politik uns abwenden können, der Politik auf Termin (Sehr richtig bei der Mehrheit!), die das Damoklesschwert ständig über Deutschland schweben läßt. Eine solche Politik auf Termin mit der ständigen Drohung auf Gewalt ist der Tod jedes Gottesfriedens. (Beifall.) Es ist ein Seiten des Panes.) Die Steigerung der Spannung, die sich vor dem 8. Mai bemerkbar machte, war offenbar nur eine beabsichtigte künstliche Mache. Jetzt handelt es sich darum, die Ziele der europäischen Politik mit den Besprechungen in Paris zu verbinden, aber eine Sanktionspolitik bedeutet die Verneinung des Geistes von Genua.

Zum Schluß hat der Kanzler den Reichstag, die Ergebnisse von Genua, die zwar nicht groß wären, dennoch als Fortschritt auf dem Wege zum Frieden zu würdigen.

### Die Aussprache.

Abg. Müller (Franken, Soz.): Das Ergebnis von Genua mußte bestehen sein, weil unter dem Druck der französischen Regierung die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem, vom Programm gestrichen wurden. Wir als Sozialisten bedauern am meisten die geschäftige Art, mit der Barthou in offizieller Weise gegen Deutschland auftrat, weil diese Provokation eines mehrheitlichen Volkes den Nationalismus in Deutschland am meisten stärkt. Von anderen Vätern ist dagegen schon erkannt worden, daß die Wurzel alles Übels der Versailler Vertrag ist, der nicht als Friedens-, sondern als Kriegsvertrag zu betrachten ist. Der Abschluß des deutsch-russischen Separatvertrages hatte seine Ursache nicht zuletzt darin, daß in Genua selbst gegen den Geist von Genua verstoßen wurde. (Sehr richtig!) Das Auftreten der Entente mußte die Wirkung haben, die Vertreter der von gemeinsamen Gefahren bedrohten Länder, Deutschland und Rußland, zusammenzuführen. Nicht wegen der Weisheit seines Abschlusses ist der Rapallovertrag von den breiten Massen unseres Volkes so freudig begrüßt worden, sondern deswegen, weil er der erste wirkliche Friedensvertrag ist, der nichts enthält von dem Geist von Versailles und St. Germain. Deutschland und Rußland haben gemeinsam das größte Interesse daran, daß die übrigen Länder dem Beispiele von Rapallo folgen. Rond George sieht heute ein, daß Europa nur durch den Wiederaufbau Rußlands gefunden könne. Im November 1919 wollte die Entente noch Rußland durch alle übrigen Staaten blockieren, und wir haben die uns angebotene Modade damals abgelehnt. Hätte die Entente sich damals unserem Standpunkte angeschlossen, dann wären wir heute weiter beim Wiederaufbau der Welt. Jede neue Umwälzung, ganz gleich nach welcher Richtung, würde den Gesundungsprozess der russischen Wirtschaft aufheben. Die falsche und ungünstige Auslegung, die der Abschluß des Rapallovertrages auch in neutralen Ländern gefunden hat, ist unverständlich worden durch richtige Kommentare in der deutschen Presse, die diesen Vertrag als das Ende der Erfüllungspolitik bezeichneten. Die Brücke nach dem Osten kann dieser Vertrag für Deutschland nur bilden, wenn er verbunden wird mit einer verheißenen Politik der Vertragserfüllung. Die wirtschaftliche Bedeutung des Rapallovertrages darf bei der Erwähnung Rußlands nicht überschätzt werden. Dem höchsten Gerode über geheime Militärabkommen mit Rußland gegenüber betonen wir, daß die Masse der deutschen Arbeiterschaft niemals für den Nationalismus etwas übrig gehabt hat. Wir Sozialdemokraten halten fest an der Forderung: Nie wieder Krieg! Wir würden jede Regierung fürgen, die es wagen sollte, militärische Geheimabkommen abzuschließen, weil solche Geheimverträge immer die Quelle von Kriegen bilden. Die Entente hätte es ja an der Hand, solche Geheimabkommen überhaupt zu verhindern, wenn sie den Völkerbund zu einem wahren Bunde der Völker machte und kein Volk daran ausbleibt. Die deutsche Demokratie hat immer für die Befreiung der Völker gearbeitet. Mögen die Regierungen der Siegerstaaten dafür sorgen, daß die deutsche Demokratie leben kann und die furchtbaren Folgen des mahnwichtigen Weltkrieges endlich überwunden werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Marx (3.): Für Deutschland hat Genua jedenfalls den erfreulichen Fortschritt gebracht, daß es zum ersten Male gleichberechtigt unter den Nationen auftreten konnte. Das bösnische Wachen der Rechten bei dieser Feststellung des Reichskanzlers ändert nichts daran, daß auch dieser bescheidene Fortschritt nicht erreicht worden wäre ohne die Koalitionspolitik. (Beifall bei der Mehrheit, Rufe rechts: Väterlich!) Väterlich ist es wirklich nicht, daß diese Politik uns die Einheit Deutschlands erhalten hat, die bei einer von der rechten Seite diktierten Politik längst verloren wäre. Wir schließen uns dem Danke des Reichskanzlers an die italienische Regierung und das italienische Volk durchaus an und gedenken besonders dankbar des lebhaften Interesses, das der Erzbischof von Genua und der Papst an einem friedensfördernden Erfolge der Genuaer Konferenz genommen haben. Die un sinnige und unverantwortliche Haltung Frankreichs, das Reparationsproblem von den ganzen Verhandlungen auszuschließen, ist an der Naht der Tatsachen

### Der Kanzler über Genua.

Wer von der Reichstagsrede Dr. Wirths Aufklärungen über die Folgerungen wünschte, die unsere Politik aus der in Genua geschaffenen Lage ziehen mußte, wird nichts Neues haben entdecken können. In ihr drückten sich vielmehr die geringen Wirkungen der Genuaer Konferenz aus, gering, nicht bedeutungslos. Der Reichskanzler vermied es, der Öffentlichkeit mehr von den Verhandlungen mitzuteilen, als sie bereits wußte. Er hielt es für ausreichend, dem Auswärtigen Ausschuss Bericht erstattet zu haben. Maßgebend dafür war die Rücksicht auf die Verhandlungen, die gerade gegenwärtig mit der Reparationskommission geführt werden und die Dr. Wirth in keiner Weise führen will. So war seiner Rede aber die Bedeutung genommen, die man berechtigterweise erwartet hatte, und nur gelegentliche Bemerkungen ließen ihr einen Rest von Farbe, eine gewisse äußere Wirksamkeit. Gerade bei der freudigen Zustimmung der letzten Tage hätte man Aufklärung erwarten und verlangen dürfen. Es scheint mir deshalb bedenklich, daß der Reichskanzler so absichtlich über alle Leben nicht g'n Te: rme des deutschen Volks schweigt.

Aus seiner Frage, was sollte Genua sein und was ist es geworden, kann die Entscheidung, daß die deutsche Regierung doch mehr erwartet hätte, wenn sie auch den kleinen Fortschritt dankbar anerkennt. Daß in Einzelbesprechungen viel über die Reparationen gesprochen ist, hat der Reichskanzler ostentativ nicht ohne die Absicht wiederholt betont, auf die Wichtigkeit dieses Kapitels für die gesamteuropäische Frage hinzuweisen. Wir vermögen nicht einzusehen, daß dieser ganz allgemeinen Wiederholung eine besondere Bedeutung zukommt. Die Unterbrechung des Berichtes, den der lange Aufenthalt in Genua für Deutschland gehabt hätte, verlor sehr in Gewicht dadurch, daß Dr. Wirth auch nicht den Versuch des Berichtes seiner Befragung machte. Er schenkte nur und die Wirkung auf das Haus blieb schwach. Durch Rücksicht auf die außenpolitische Lage ist die Zurückhaltung und weitgehende Beschränkung ebenfalls nicht allein zu erklären. Man ist beinahe versucht, den Meinungsverschiedenheiten im Kabinett legt ein größeres Gewicht beizumessen. Der von Dr. Wirth hervorgehobenen Bedeutung von Genua wurde keine Rede nicht gerecht.

Merkwürdiger Weise die Gegenüberstellung der sozialistisch-kommunistischen Welt und der Reaktion, die in der Entente verkörpert wird. Besonders betont war die dankbare Verbeugung nicht nur gegen Italien als dem freundlichen Gastgeber, sondern auch gegen England, von dem die Anregung zur Konferenz ausgegangen war. Die Idee von der Gleichberechtigung in Genua mußte der Reichskanzler einschränken, es scheint indessen zu optimistisch, in diesem zurückgeschrittenen Werden bereits den Anfang neuer Entwicklung zu sehen. Man hätte erwarten dürfen, an dieser Stelle etwas über des Kanzlers Stellungnahme zum Ausschluß Deutschlands von den weiteren Verhandlungen zu erfahren, statt dessen geht der Reichskanzler schnell darüber zu einer Rechtfertigung des Vertragsabschlusses von Rapallo hinweg. Er antwortete auf Rond Georges Unterredung, daß der Vertrag ein Irrtum und ein Fehler gewesen sei. Der Fehler liegt nicht auf deutscher Seite und Deutschland sei gerade durch Ueberzeugung des Londoner Memorandums und durch die eigenartige Taktik der einladenden Mächte gezwungen gewesen, seine Interessen zu schützen. So habe die deutsche Regierung pflichtgemäß gehandelt.

Es schadet schließlich nichts, daß auch vor dem deutschen Reichstag der Reichskanzler die Behauptungen von dem geheimen Klausel des deutsch-russischen Vertrages in das Reich der Fabel verweist. Er ging auf die bedeutenden Folgerungen Rond Georges nicht weiter ein, aber es war deutlich genug, daß er von Deutschland und Rußland als von zwei Völkern sprach, denen es immer gut gegangen ist, solange sie sich verstanden haben. Dieser Satz war das bedeutungsvollste Moment der Rede, und wird wohl das Leitmotiv künftiger deutsch-russischer Politik bleiben. Die Russen werden es nicht ablehnen, daß ihnen nicht mehr Worte in dem Bericht über die Genuaer Konferenz gewidmet wurden, jedenfalls ist für sie der neue Frieden bedeutender als selbst die Vermittlerrolle, die der Reichskanzler anbot, wenn sie ausdrücklich gewünscht werden sollte. Indessen sollte diese Mittelmaßnahme nicht überschätzt werden, eine Mission für das deutsche Volk liegt darin nur insofern, als sie zur Befestigung des Friedens in Europa und der Welt führen kann.

Der „kleine Gottesfriede“, der sich aus Genua ergeben hat, ist ein schwaches Surrogat für die großen Ideen, die Rond George mitgebracht hatte; für Deutschland hat er auch nicht die geringste Bedeutung. Man muß daran zweifeln, daß dieser Gottesfriede in miniature Anspruch darauf hat, von der deutschen Politik verherlicht zu werden. Es hat keinen Zweck, sich über den Mißerfolg hinwegzusetzen, den Rond Georges große und erhabenswerte Idee durch diesen Schritt erlitten hat. Zustimmung verdient der Kanzler darin, daß die Politik auf Termine mit den ewigen Sanktionsdrohungen den Tod des Gottesfriedens bedeutet. Entschiedener hätte man sich freilich die Forderung gewünscht, eublich durch Erledigung der Reparationsfrage endgültige Zustände zu schaffen. Die große Aussprache begann nach der Kanzlerrede eigentlich nur formal mit Müller (Franken, Soz.) und Marx vom Zentrum, die sich außerordentliche Zurückhaltung auferlegten. Der zweite Tag, der die eigentliche Kritik bringen wird, gewinnt dadurch umfomehr Bedeutung.

geschleiert. Nur der angelegenen Tätigkeit Mathemans, Stinnes' und anderer ist es einigermaßen gelungen, die im Ausland herrschenden Rebell der Unkenntnis über Deutschlands wirtschaftliche Lage zu zerstreuen. Genua hat manche Vorurteile beseitigt, die in internationalen Finanzkreisen gegen Deutschland gehegt wurden. Ein Erfolge ist es auch, daß die Entente in Genua die deutschen Vertreter als Vermittler mit Rußland in Anspruch nahm. Deutschland hat als einziger von allen Staaten eine praktische Deute von Genua mitgebracht mit dem Vertrag von Rapallo. Unser verdienter Führer Spaan hat im letzten Jahre wiederholt eine enge Verbindung mit Rußland gefordert. Die Regierung wird aber beizeiten dafür sorgen müssen, daß nicht infolge des Rapallovertrages der Geist des Volkseigenums in Deutschland weitere Verbreitung findet. (Unruhe bei den Kommunisten.) Wir begrüßen auch wegen seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung den Rapallovertrag. Wir danken der Regierung für ihre schwere und erfolgreiche Tätigkeit in Genua. (Beifall im Zentrum.)

Um 4 Uhr wird die weitere Aussprache über Genua auf Dienstag 2 Uhr nachmittags vertagt. Am Dienstag vormittags 11 Uhr wird in einer Vor-mittags-sitzung das deutsch-polnische Abkommen von Genf zur Beratung kommen.

### Die Presse zur Kanzlerrede.

Das Urteil der Berliner Presse über die gekürzte Rede des Reichskanzlers kann man wohl darin zusammenfassen, daß das, was der Kanzler gesagt hat, insbesondere das

Reinhold der Rede, die Ausführungen über den Vertrag von Rapallo, einstimmige Billigung finden. Dagegen wird kein Schweigen über die Pariser Verhandlungen mit der Reparationskommission verschwiegen beurteilt.

### Die Haltung der Fraktionen.

Montag vormittag sind die Reichstagsfraktionen zur Beratung über die Reden zusammengetreten, die ihre Vertreter in der Vollversammlung halten werden. Soweit Genua und der deutsch-russische Vertrag in Frage kommen, war man laut „Volk. Stg.“ in fast allen Fraktionen mit der Haltung der deutschen Delegation in Genua einverstanden. Dagegen erlitten das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien und die Pariser Vereinbarungen mit der Reparationskommission bei den Parteien zum Teil scharfe Kritik und Ablehnung. Wenn alles programmäßig verläuft, wird dem gleichen Mitleid zufolge die politische Debatte, die sich unmittelbar an die Rede des Reichskanzlers anschließen soll, ohne Beschluß des Reichstages enden, da die Delegationen übereingekommen sind, keinen Antrag einzubringen und auch die Deutschnationalen davon Abstand genommen haben, einen Misstrauensantrag einzubringen. Wenn in der Woche nach Pfingsten der Vertrag von Rapallo dem Reichstage zur Ratifizierung vorgelegt wird, so werde dadurch, daß sich der Reichstag für die Annahme des Vertrages fast einmütig hinter die Regierung stelle, dem Kabinett ein Vertrauensvotum ausgesprochen.

### Die deutsche Antwortnote überreicht.

Die Kriegskostenkommission hat, wie aus Paris gemeldet wird, gestern nachmittag der Reparationskommission die deutsche Antwortnote überreicht. Ueber die vorläufige Stellungnahme der Reparationskommission ist noch nichts bekannt, es verlautet nur, daß die Veröffentlichung des Wortlauts der Note auf Ersuchen des Reparationsausschusses vorläufig unterbleibt.

### Französische Stimmen zur deutschen Antwortnote.

Zu der noch nicht veröffentlichten deutschen Antwortnote an die Reparationskommission erklärt „Journal“, daß es der englische Delegierte Bradbury gewesen ist, der den Entwurf des Kompromisses ausgearbeitet hat. Die erste Folge werde nun sein, daß die Sanktionen beseitigt werden. Nicht umsonst habe Lloyd George seine Erklärungen über die französisch-englischen Beziehungen auf diese Woche verschoben und auch Volcaire sei sicher nicht unangenehm berührt gewesen, daß die Fortsetzung der Kammerdebatte ihm einen Grund gegeben habe, erst nach der deutschen Entscheidung zu sprechen. Andererseits könne man sich jedoch nicht verhehlen, daß die Lösung, die sich vorbereite, die Reparationsfrage auf einen neuen Weg führe. Der Plan Bradburys eröffne die Zeit der internationalen Anleihe, d. h. die internationale Finanz werde nun die Leitung der Angelegenheit übernehmen. Aber wenn die Finanz in Szene trete, dürfe das nicht eine Abdankung der Politik bedeuten, im Gegenteil, das sei der Augenblick, um nicht mehr theoretische, sondern praktische Politik zu machen. Denn jetzt erhebe sich die Frage der Wände, die Frage der Höhe der Entschädigung, und dieser werde die Revision der Kriegsschulden folgen. Die Liquidation sei unermesslich, aber man müsse die Rechte Frankreichs sichern. Der nationalpolitische „Celator“ ist der Ansicht, daß selbst die sachverständigsten und mächtigsten Geschäftsleute in der Angelegenheit der internationalen Anleihe nicht das letzte Wort haben könnten, denn es handle sich um Leben oder Tod des französischen Volkes. Niemand habe übrigens auch das Recht, zu überlegen, daß die Deutschen einen Nachkrieg vorbereiteten. (1) Selbst Lloyd George, der bis jetzt die deutsche Gefahr abgelehnt habe, höre heute schon das dumpfe Marschieren der germanisch-russischen Legionen. (2) Aber da er befürchte, die Deutschen zur Verzweiflung zu treiben, wolle er etwa abwarten, bis das Deutsche Reich unter den Anschlägen der internationalen Anleihe zerbräche und die Angelegenheit nur immer die germanische Wildheit und die Geisteslosigkeit hätten? (3)

### Die amerikanischen Einwände gegen eine Besetzung des Ruhrgebietes.

Unter dem Titel „Amerikanische Bankiers gegen die Ruhrbesetzung“ veröffentlicht „Wall Street Journal“ in New York einen ausführlichen Artikel gegen die Besetzung des Ruhrgebietes mit der Begründung, daß durch die deutsche Wirtschaft weiter geschwächt und einer internationalen Anleihe die sachlichen Unterlagen entzogen würden. Eine Beteiligung an der Anleihe von amerikanischer Seite sei dann undenkbar. Außerdem würden die Kosten für die neuen Besatzungstruppen Frankreichs Budget verschleudern und auch die amerikanische Stimmung nachteilig beeinflussen, da erneut enorme Summen für unproduktive Zwecke verwendet würden.

### Der Besetzungsplan der Polen

für den polnisch werdenden Teil von Oberschlesien liegt jetzt vor. Die Übernahme der Eisenbahnen soll am 5. und 6. Juni, die der Postämter am 8. und 9. Juni erfolgen. Die übrigen Verwaltungsbehörden sollen am 10. Juni, die Polizeireviere am 15. Juni in die Hände der Polen übergeben. Dem Vernehmen nach rücken als erste alliierte Truppen die Franzosen ab, denen die Italiener und zum Schluß die Engländer folgen werden. Die militärische Besetzung von Katowitz durch die Polen ist für den 10. Juni vorgelesen.

### Handelsverträge mit den übrigen Sowjetrepubliken.

Wie der „Berl. Lokalan.“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, habe die Reichsregierung mit den russischen Sowjet-Regierung angebotenen übrigen Sowjet-Republiken Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen aufgenommen, für die der Vertrag von Rapallo die Grundlage bilden sollte. Für die Republik Georgien, Aserbeidschan und des Fernen Ostens (Sichta) sei der gegenwärtig in Berlin weilende russische Vertreter Witwinow bevollmächtigt; die Verhandlungen für die Ukraine würden von Katowsky geführt.

### Das angebliche deutsch-russische Militärabkommen.

Im englischen Unterhaus fragte Viscount Curzon den Premierminister, ob die Regierung irgendeinen Grund zu der Annahme habe, daß ein militärisches Abkommen zwischen der deutschen und der Sowjet-Regierung zustande gekommen sei. Lloyd George erwiderte, es seien Nachforschungen angestellt worden; dauerlicher Weise habe er jedoch noch keine Informationen erhalten. Diese Frage werde nicht aus dem Auge verloren werden.

### Lloyd George beim König.

Den Londoner Blättern zufolge sollte Lloyd George gestern Abend vom König im Buckingham-Palast in Audienz empfangen werden. Wie verlautet, hat der König den Wunsch ausgedrückt, eine Unterredung mit dem Premierminister zu haben. Die Genuaer Konferenz werde wahrscheinlich einen der Erörterungsgegenstände bilden.

### Der italienisch-russische Handelsvertrag.

Der italienische Ministerrat genehmigte gestern den italienisch-russischen Handelsvertrag, der am 24. Mai in Genua unterzeichnet worden ist.

## Die Lage von der Schuld Deutschlands am Kriege.

Aus München wird gemeldet: In der gestrigen Vollversammlung des Landtages stand die Interpellation der Bayerischen Mittelpartei betr. die Lage von der Schuld Deutschlands am Kriege zur Beratung. Die Interpellation nimmt Bezug auf den Eisenr.-Prozess und weist darauf hin, daß nach dem Ausdruck Lloyd Georges, mit der Kriegsschuldfrage stehe und falle der Versailler Vertrag, nimmere die Voraussetzungen für diesen Vertrag als hinlänglich erwiesen worden sind. Die Frage geht dahin, ob die bayerische Regierung bereit ist, bei der Reichsregierung mit Nachdruck dahin zu wirken, daß sie allen Staaten das durch den Prozess gelieferte Material mitteilt und die daraus für die Kriegsschuldfrage sich ergebenden Folgerungen darlegt, daß sie ferner die öffentliche Meinung der ganzen Welt über den festgestellten Sachverhalt aufklärt und schließlich die Revision des Vertrages von Versailles von den Signatarmächten forderet.

Abg. Spuler (Bayr. Mittel.) begründete die Interpellation und verwies auf die Ergebnisse des Münchener Kriegsschuldprozesses.

Ministerpräsident Graf v. Lerchenfeld beantwortete die Interpellation. Er nahm Bezug auf die Begründung des Urteils, dessen Feststellungen von großem Gewicht seien. Natürlich sei mit diesem Prozess und seinem Urteil die allgemeine Frage der Schuld am Kriege nicht abschließend abgemacht. Die maßgebende Verantwortung dieser allgemeinen Frage lege die Aufklärung der Archive aller am Kriege beteiligten Mächte voraus. So wertvoll auch die im Prozess ermittelten Tatsachen seien, eine Entscheidung über die große Frage konnte und sollte vom Schöffengericht ja schon nach der Prozesslage nicht getroffen werden. Bei der Beurteilung des Ergebnisses des Prozesses sei auch eine Abwägung auf die angebotene Fragestellung gar nicht erforderlich. Auf die Einheitsfront im eigenen Lande komme es heute vor allem an. Art. 231 des Versailler Vertrages bezeichne Deutschland und seine Verbündeten (schlechtin als Urheber des Weltkrieges, und die verhängte Strafe vom 18. Juni 1919 habe diesen Satz noch verstärkt und unterstrichen, indem sie den Krieg als das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker erklärte. In der Ablehnung dieses Titels von der Allenschild und der verdrängten Absicht Deutschlands als dem direkten Gegenteil der Wahrheitsdare sind sich die Deutschen einig. Der Prozess hat zur Überzeugung jenes Satzes die allerbindendsten und schlagkräftigsten Beweise beigebracht und hat dazu beigetragen, die wenigen in dieser Richtung in Deutschland noch abseits stehenden auf ein Minimum an Zahl und Bedeutung herabzubringen. Die Regierung hat bereits dahin Anordnung getroffen, daß das Urteil des Schöffengerichts sowie das umfangreiche stenographische Protokoll baldmöglichst vorgelegt wird. Das Ministerium des Wehrens wird dann das Material alsbald der Reichsregierung übermitteln. Was die Möglichkeit und die Aussicht der Verwertung des Materials dem Auslande gegenüber betrifft, so bin ich allerdings der Anschauung, daß unsere hauptsächlichsten Kriegsgegner dies nicht zugeben werden, weil dann eine der wichtigsten Säulen des Friedensbittens zusammenstürzen würde und weil sie ihre Völker in dem Glauben an die Gerechtigkeit des Versailler Vertrages erhalten zu müssen meinen. Die bayerische Regierung sei im übrigen bereits mehrfach bei der Reichsregierung wegen einer aktiveren Stellungnahme an der Kriegsschuldfrage vorstellig geworden und beachtliche bei der Überlegung des Materials die Reichsregierung dringend zu ersuchen, für eine möglichst wirksame Verwertung im Auslande zu sorgen.

Darauf wurde in die Besprechung einsetzten. Abg. Sängler (Sos.) führte aus: Fort mit der Lage von der Allenschild Deutschlands am Kriege! Wir sind nicht schuldiger als irgendein Volk in der Welt am Kriege, und unsere Staatsmänner sind nicht schlechter als die des Auslandes. Eisner hat durch seine Veröffentlichung sehr schwer geschädigt gegen die Förderung objektiver Wahrheit. Diese kann nur bargelegt werden durch die Eröffnung aller Archive, die zur Sozialdemokratie fordern. Abg. Reck (Unabh.) erklärte, Eisner habe keine Fällung beantragen. Er habe bei seiner Äußerung auch für Deutschland belastende Dinge weggelassen. Die Urheber für den Ausfall des Versailler Friedens seien nicht die Eisnerischen Veröffentlichungen, sondern der durch Evidenz und Ludendorff verlorene Krieg gewesen. Abg. Kender (Sos.) meinte, eine Öffnung auf Aufhebung des Versailler Vertrages ergebe sich nur aus dem Zusammengehen Deutschlands und Russlands. Abg. Dr. Lür (Dem.) bemerkte, das Wertvolle an dem Ergebnis der Untersuchungen liege in der Feststellung, daß falsches, Irreführendes und Unwahres in einem weltgeschichtlichen Dokument enthalten gewesen sind, von dessen Glaubwürdigkeit die ganze Welt überzeugt gewesen sei. Abg. Graf Westlozza (Bayr. Vp.) wünschte, daß die Lage von der Allenschild Deutschlands möglichst klargelegt werde. Nach weiterer Besprechung wurde die Debatte geschlossen.

### Poincaré leugnet jede Kriegsschuld Frankreichs.

Bei einem vorgestern Abend in Paris zu Ehren der Bürgermeister der Umgebung von Metz gegebenen Festessen hielt der Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in der er nach einer Erklärung der „Agence Havas“ an die Worte erinnerte, die er vor 12 Jahren an die Bevölkerung bei einer Feier gerichtet habe, die wenige Meter von der damaligen Grenze in nächster Nähe von Stavelotte und Et. Privat verankert wurde. „Frankreich“, so habe er damals gesagt, „will aufrichtigsten Frieden. Es wird nie etwas tun, um zu hören. Aber der Friede verurteilt nicht dazu, zu vergessen und untreu zu werden.“ Poincaré setzte hinzu: „Wie ist es möglich, daß man im Auslande und selbst wie man sagt, noch hier in Frankreich Narren findet, wissenschaftliche oder unwissenschaftliche Fesseln Deutschlands, die es wagen, zu behaupten, und vielleicht sogar glauben, daß Frankreich auch nur einen geringfügigen Teil an der Verantwortung für den Krieg habe? Wenn man hundertmal dazu verurteilt gewesen ist, vor Elässern und Lothringern, also Franzosen, den Opfern der deutschen Herrschaft, die Gefühle der Trauer und Enttäuschung auszudrücken, die man im Herzen hatte, wenn man hundertmal ohne ein Wort der Hoffnung unglückliche Freunde sehen lassen mußte, die ein Verbrechen für ihre Freiheit erwarteten, so kann man diese Verleumdung mit Verachtung von sich weisen. Man ist sich bewußt, den Frieden über die Gerechtigkeit gestellt zu haben. Wenn dann trotzdem der große Krieg durch die Taten der andern kam, hat man sich nichts vorgeworfen, und man kann sich ungehindert freuen, Frankreich durch den Krieg wieder vereint zu haben.“

### Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

Der Reichstag hielt gestern Abend unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Simson vom Auswärtigen Rand eine öffentliche Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand der Besetzungswurf über den Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark betr. die Regelung der durch den Übergang der Staatsbürgerschaft in Nordschleswig auf Dänemark entfallenden Brauen. Der Vertrag wurde hierauf angenommen.

Die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund. „Times“ meldet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß der Völkerverbund bei seiner Tagung im September aufgefördert werde, die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Bund zu erörtern. Bei einer Sitzung des Völkerverbundes Anfang Mai sei diese Frage unterzucht worden. Es verlautet, daß der Völkerverbund für die Aufnahme Deutschlands war, vorausgesetzt, daß es in der Frage der Reparationen am 31. Mai Aufrichtigkeit und guten Willen zeigt.

Hermes angebliche Sauger Rolle. Die Meldung, daß Reichsfinanzminister Dr. Hermes nach dem Saug abgereist sei, ist unzutreffend.

Dienstentlassung wegen Streikteilnahme. Die Dienstentlassung wegen Streikteilnahme. Die Dienstentlassung wegen Streikteilnahme. Die Dienstentlassung wegen Streikteilnahme.

Im Prozess des Prinzen Friedrich Sessold gegen das Finanzministerium wegen des Wertpapierfonds des Prinzen hat gestern das Landgericht die ordentlichen Berichte für vollständig erklärt, gleichzeitig den Eingriff des Finanzministers als unberechtigt festgehalten und den preussischen Fiskus verurteilt, es anzuerkennen, daß ihm kein Eigentumsrecht am dem auf die preussische Staatsbahn übergeführten Wertpapierfonds des Prinzen zusteht.

#### Ungarn.

Ein Geheimvertrag mit Frankreich. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Beniczky fortgesetzt. Abg. Kirich (Deutschnationale sozialistische Arbeiterpartei) führte aus, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, habe Dr. Beniczky mit Frankreich einen Geheimvertrag geschlossen, in dem er sich verpflichtet, im Falle eines militärischen Konflikts 500 000 Mann gegen Deutschland ins Feld zu stellen. Abg. Spinao (Deutscher Bund der Landwirte) bemerkte, er erkenne an, daß Dr. Beniczky den Willen zur Lösung der deutsch-tschechischen Frage gehabt habe.

#### Rußland.

Choleraerkrankungen. Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Moskau meldet, sind in den letzten Tagen 27 Cholerafälle festgestellt worden. Die Cholera tritt auch in Petersburg epidemisch auf.

#### Amerika.

Wulfen-Frenken bei Harding. Nach einer Meldung der „New Yorker Staatszeitung“ aus Washington hat Präsident Harding den deutschen Richter Wulfen-Frenken empfangen, der ihm den Dank des deutschen Volkes für das amerikanische Hilfswerk übermittelte. Harding erwiderte, das amerikanische Volk habe das Hilfswerk gern übernommen. Der Präsident drückte seine besten Wünsche für den Erfolg der Mission Frenkens aus, die im Interesse der leidenden deutschen Kinder liege.

### Die Verhärtung der Korbböller durch Verketten.

Das Verfahren, welches darin besteht, daß man die Stelle eines starken Volkes mit dem eines schwachen wechselt, ist zur Frühjahrszeit immer eine gefährliche Sache, weil oftmals Wesselfähigkeit des einen oder des anderen Volkes oder Heider die Folge davon ist. Dann aber hat es oft auch insofern keinen Nutzen, als der verstellte Schwächling trotz der Verhärtung bald wieder zum Schwächling herabsinkt, etwa darum, weil er eine minderwertige Mutter hat, dann aber wird auch durch das Verketten das gute Volk übermäßig geschwächt und in seiner Vertragstüchtigkeit gekemmt. Darum ist dieses Verfahren für die Frühjahrszeit zu vermeiden. Im Sommer dagegen, zur Schwärmzeit, oder bald nach derselben, kann es mit Nutzen angewandt werden, s. B. zum Zweck der Schwärmverteilung oder um eine Gleichmachung der einzumintenden Völker herbeizuführen. Das Verketten muß aber, wenn es gelingen soll, in der richtigen Art und zu rechter Zeit ausgeführt werden. Es darf nur stattfinden zur bestehenden Trachtzeit und nur in den Mittagsstunden, wo sich die meisten Flugbienen draußen aufhalten und wenn sie heimkommen, müde und ermattet sind, ihren Honig rasch ablagern und wieder hinaussellen, ohne sich um die fremde Mutter zu kümmern. Die verstellte Körbe selbst müssen vom gleichen Aussehen sein und die Fluglöcher sich in gleicher Höhe befinden, auf einige Zentimeter kommt es jedoch nicht an.

### Schlachtviehpreise

auf dem Viehhofe zu Dresden, Montag, am 29. Mai 1922.  
Preise für 50 kg in Mark.

Viergattung und Bezeichnung	Stück	Schlag
<b>I. Rinder: A. Ochsen (Kauftrieb 68 Stück):</b>		
1. Vollfleischige, ausgewässerte, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren . . . . .	2500-2700	4550-4900
2. Junge, fleischige, nicht ausgewässerte — ältere ausgewässerte . . . . .	2200-2400	4250-4550
3. Mäßig genährte junge — gut genährte ältere . . . . .	1500-1800	3200-3525
4. Gering genährte jeden Alters . . . . .	1000-1200	2500-3000
<b>B. Kühe (Kauftrieb 98 Stück):</b>		
1. Vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes . . . . .	2450-2550	4225-4400
2. Vollfleischige jüngere . . . . .	2000-2300	3650-4175
3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere . . . . .	1500-1700	3000-3250
4. Gering genährte . . . . .	1000-1200	2225-2550
<b>C. Kalben und Lämmer (Kauftrieb 200 Stück):</b>		
1. Vollfleischige, ausgewässerte Kalben höchsten Schlachtwertes . . . . .	2500-2700	4350-4900
2. Vollfleischige, ausgewässerte Lämmer höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren . . . . .	2200-2400	4250-4350
3. Ältere ausgewässerte Kalbe und gut entwickelte jüngere Kalbe und Kalben . . . . .	1500-1800	3350-4000
4. Gut genährte Kalbe und mäßig genährte Lämmer . . . . .	1200-1400	3000-3350
5. Mäßig und gering genährte Kalbe und gering genährte Lämmer . . . . .	800-1100	2350-3000
<b>D. Ferkel (Kauftrieb — Stück):</b>		
1. Gering genährtes Jungvieh im Alter von 8 Monaten bis zu 1 Jahre . . . . .	—	—
<b>II. Pferde (Kauftrieb 1102 Stück):</b>		
1. Toppeller . . . . .	—	—
2. Beste Rasse- und Saugpferde . . . . .	2700-2900	4850-4875
3. Mittlere Rasse- und Saugpferde . . . . .	2400-2600	4000-4825
4. Geringere Rasse . . . . .	1800-2100	3275-3800
<b>III. Schafe (Kauftrieb 245 Stück):</b>		
1. Mastlamm und jüngere Mastlamm . . . . .	2800-3400	4600-4800
2. Ältere Mastlamm . . . . .	1800-2000	3575-4400
3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastlamm) . . . . .	800-1300	2125-2850
<b>IV. Schweine (Kauftrieb 1800 Stück):</b>		
1. Vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre . . . . .	8500-8800	4500-4600
2. Fleischoseine . . . . .	8600-8700	4500-4825
3. Fleischoseine . . . . .	8100-8800	4125-4400
4. Gering entwickelte . . . . .	2800-2800	3725-4000
5. Sauen und Eber . . . . .	2500-3300	3350-4000

Ausnahmepreise über Notig. Geflügel: Rinder langsam, Kühe, Kalbe und Lämmer mittel.